

Schwarzwälder Tageszeitung

'Aus den Tannen'

Wg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt

Verlagspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 30 Mark, monatlich 10 Mark. Anzeigenpreis: Die 1spaltige Zeile oder deren Raum 1,50 Mk., die Reklamezeile 5 Mk. Mindestbetrag 10 Mark. Bei Nichterfüllung der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Einzelverkauf 5 Mk. Bei Abbestellungen Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt zurück.

Nr. 89.

Altensteig, Dienstag den 18. April.

Jahrgang 1922.

Weltkonferenzen.

Von Dr. Croll.

W.W. Die heutige Welt befindet sich in dem Bahn, das die Ära der Zeit durch äußere Veranstaltungen geändert und gebildet werden könnte, und hat immer noch nicht begriffen, daß allein Gefinnung und Wille die Erzeuger großer Taten sind. Die Eröffnung der Weltkonferenz zu Genua regt zu Betrachtungen an, wie sich bei anderen feierlichen Weltkonferenzen die Erwartungen zu den Ergebnissen verhalten haben. Am 15. November 1920, auch an einem Montag, trat in Genf die Völkerbundsversammlung zu ihrer ersten feierlichen Tagung zusammen. Das Ergebnis war schließlich ein ängstliches Ausweichen vor allen herzhafte Entscheidungen und überdies eine feivole Nichtachtung der Interessen und Rechte von Nichtmitgliedern. Die deutschen Kolonien wurden damals entgegen der dem Versäiler Vertrag beigefügten Völkerbundsakte unter die Weltkolonialmächte verteilt. Auch in Genf weichen damals — wie heute in Genua — die Fahnen, stülte sich die Bevölkerung der Stadt als Mitträgerin eines weltgeschichtlichen Ereignisses; genau wie damals vor 510 Tagen sind auch heute aller Augen auf den Ort der Weltkonferenz gerichtet und wird in den Zeitungen aller Sprachen allerlei Schönes und Gutes publiziert und kombiniert. Wird Genua der gleiche faktische und moralische Mißerfolg beschieden sein wie der Völkerbundsversammlung zu Genf?

Auch zu Erinnerungen daran, wie Deutschland bei früheren Begegnungen mit seinen ehemaligen Feinden bestanden hat, wird man in diesen Tagen angeregt. Die Entgegennahme des Versäiler Friedensvertrages durch den Reichsaußenminister Grafen Brockdorff-Ransau im Mai 1919 war ebenfalls eine Verhandlung wie die Unterzeichnung des Friedensvertrages selbst am 28. Juni 1919 durch die Minister Hermann Müller und Dr. Bell. Im Juli 1920 nahmen die Deutschen, und zwar Reichsaußenminister Brüning und Außenminister Dr. Simons, an der Spaer Konferenz teil und brachten das je länger je unerträglicher werdende Kohlenablieferungsabkommen mit nach Hause. In der ersten Märzwoche 1921 nahm Außenminister Dr. Simons in London an den Reparationsverhandlungen teil und erzielte nichts anderes als die Verhängung der verhängten drei Sanktionen. Dann hat noch einmal ein deutscher Staatsmann, Dr. Rathenau, am 13. Januar 1922 in Cannes über unsere verzweifelte Lage berichtet: die Note der Reparationskommission vom 21. März hat bewiesen, daß die Ausführungen Rathenaus bei unseren Gläubigern keinen Eindruck gemacht haben. Welches Geschenk werden Dr. Wirth und Dr. Rathenau dem deutschen Volke aus Genua mitbringen?

Die Konferenz in Genua.

Klage und vorsichtige Haltung der Deutschen in Genua
Paris, 17. April. Der Genueser Korrespondent des „Tend“, der eine Reihe von Besprechungen mit Persönlichkeiten der Konferenz veröffentlicht, stellt fest, daß keine Delegation eine so kluge und vorsichtige Haltung bewahrt wie die deutsche. Keine Erklärung werde abgegeben, kein Wort gesprochen. Delegierte und Sachverständige hielten sich zurück, wenn auch anzunehmen sei, daß sie hinter den Kulissen eifrig am Werke seien. Rathenau, den der Franzose in der Halle des Hotels angetroffen habe, soll erklärt haben, vor 8 Tagen werden wir kein Wort reden und den Mund nicht aufstun.

Die Situation in Genua.

Paris, 17. April. Der Genueser Korrespondent der „Nationalzeitung“ schreibt seinem Blatte über die Situation in Genua: Lloyd George wird jede Aktion vermeiden, die den Franzosen den willkommenen Anlaß bieten könnte, den für sie so heißen Boden von Genua zu verlassen. Die Deutschen sind ganz auf Nebengeleise geschoben, was sich in einer ziemlich gedrückten Stimmung bei ihnen äußert. Der Kampf zwischen Barthou und Tschitschewin steht im Mittelpunkt, wobei die Franzosen wegen ihrer Isolierung immer nervöser werden. Die Stimmung in Paris ist sehr erregt. Saffon, der mit Poincaré sprach, hat Lloyd George aufgeführt und ihm mitgeteilt, daß Frankreich nur darauf warte, ins Ruhegebiet einzumarschieren, oder Revolzen zu ergreifen. Jedenfalls werde aber Frankreich die Einmarschfrage vom Verlauf der Konferenz unabhängig lösen und seine militärische Aktion sei vor dem 31. Mai, dem Fälligkeitstermin der nächsten deutschen Hauptnote, zu erwarten. Lloyd George habe Poincaré gebeten, nach Genua zu kommen, was dieser jedoch verweigerte.

Kredit- und Saluta-Fragen.

Genua, 17. April. Die Sachverständigen der Fi-

nanzkommission, die mit dem Studium der Kredit- und Saluta-Fragen beauftragt worden sind, haben in einer Sitzung beschlossen, daß die verschiedenen Nationen ihre Wünsche und Bedürfnisse nach dem Saluta-bedarf geprüft, vor die Kommission bringen sollen.

Auf russisches Verlangen ist die Sitzung der vollstän-digen Kommission, die in zweiter Küberaumung am Freitag nachmittag stattfinden sollte, abermals ver-schoben worden und zwar terminlos.

Einigung zwischen Lloyd George und den Russen?

Genua, 17. April. Die letzten Beratungen in Ge-nua zwischen Lloyd George und den Russen haben einen günstigen Verlauf genommen und zu einer grundsätz-lichen Einigung geführt. Das Übereinkommen mit Sowjetrußland soll nach einer Pariser Meldung am Samstag nachmittag 4 Uhr in Genua abgeschlossen worden sein.

Gegen die Aufhebung der Einfuhrverbote.

Genua, 17. April. In Konferenzkreisen verlautet, daß die Länder mit hoher Saluta der geplanten Auf-hebung aller Einfuhrverbote Widerstand entgegen-setzen werden.

Die erste Erledigung eines Ausnahmefalles in Genua

Genua, 17. April. Das Generalsekretariat der Kon-ferenz gibt bekannt, daß der wirtschaftliche Ausschuß der Unterkommission der Wirtschaftskommission am Samstag seine Arbeiten beendet hat. Der Ausschuß wird einen Bericht verfassen, der von der Unterkommis-sion verbreitet wird.

Veränderung der französischen Haltung?

Genua, 17. April. Nach einer Meldung des „Ver-liner Volksblatt“ ist die Veränderung der französischen Haltung gegenüber Deutschland auffallend. Zwischen französischen, belgischen und deutschen Finanzexper-ten hätten vertrauliche Besprechungen stattgefunden. Frankreich, das noch immer durchweg den Standpunkt vertritt, daß Deutschland sich selbst dem Wiederher-stellungsansatz zahlungsunfähig erklärt habe, und als insolventer Staat in der Kommission keine Stimme haben dürfe, soll seinen Standpunkt, mindestens aber seine Taktik ausgeben haben. Unter dem Eindruck völliger Isolation, in die Frankreich sich selbst hin-eingedrängt habe, seien besondere Besprechungen über den Anleiheplan im Zusammenhang mit den Repara-tionszahlungen aufgenommen worden. Frankreich stehe dem Gedanken einer Schonzeit für Deutschland nicht mehr ablehnend gegenüber unter der Voraus-setzung der Aufbringung einer Anleihe, für die sich Belgien und Frankreich einsetzen.

Befriedigung in Rom.

Rom, 17. April. Die von de Facta auf dem Lau-fenden gehaltenen amtlichen Kreise machen aus ihrer Befriedigung über den bisherigen Verlauf der Konfe-renz keinen Hehl. Einerseits herrscht Genugtuung über die Zunahme des italienischen Prestiges, andererseits aber will man auch feststellen, daß in Genua trotz aller Widerstände die Versöhnung Fortschritte mache. Man hofft in Rom infolgedessen auf ein gutes Ende der Konferenz.

Genua, 17. April. In der Villa Alberti, in der Lloyd George wohnt, sind der englische Premiermin-ster Barthou, Theunis, de Facta, Schanzer und Li-winow und wie es scheint auch Tschitschewin zusamen-gekommen, um das Londoner Memorandum Punkt für Punkt durchzuerörtern. Am Donnerstag waren von den Russen zwei Noten überreicht worden, die auf juristische und wirtschaftliche Teile des Memorandums Bezug nahmen und zugleich Gegenvorschläge enthielten.

Neues vom Tage.

Eine deutsche Note über Oberschlesien.

Berlin, 17. April. Im Zusammenhang mit den Vorstellungen, die der deutsche Vertreter in Polen bei der interalliierten Kommission in Oppeln erhoben hat, hat er auch eine Note der Reichsregierung übergeben, um auf die Steigerung der Gefahren im be-sezten ober-schlesischen Gebiet hinzuweisen. In dieser Note wird der rege Verkehr erwähnt, der zurzeit über die ober-schlesische Grenze von Polen bemerkt wird. Munitionstransporte wurden festgestellt, auch unifor-mierte Hallersoldaten sind bereits im besetzten ober-schlesischen Gebiet wieder aufgetreten. In den Dörfern ma-chen sich ortsfremde Leute, die man als die alten Fähr-er der Aufrührer wieder erkennt, bemerkbar und halten Versammlungen ab, in denen sie gegen Deutsch-land hetzen. Schwere Ausschreitungen gegen Deutsche in Oberschlesien sind in vielen Fällen als Folge davon festzustellen. Deutsche Flüchtlinge treffen in den Städten ein. Dies alles wird in der Note mit be-stimmter Deutlichkeit festgestellt.

Wirth beim Erzbischof von Genua.

Genua, 17. April. Bei dem Besuch, den der Reichs-fanzler dem Kardinal-Erzbischof von Genua abstattete, sprach der Reichsfanzler seine Genugtuung darüber aus, daß er Gelegenheit nehmen könne, den Oberhirten der Diözese Genua persönlich kennen zu lernen. Der Kardinal-Erzbischof dankte mit warmen Worten für den Besuch. Die Unterredung dauerte über eine halbe Stunde und war außerordentlich herzlich. Der Kar-dinal sprach die Hoffnung aus, daß die Wünsche, die kürzlich der Papst in seinem Briefe an ihn ausgedrückt habe, Erfüllung finden möchten.

Kaby stellt sich bedingungslos.

Berlin, 17. April. Der Generallandschaftsdirektor Kaby hat in einem hierher gerichteten Brief erklärt, daß er sich nunmehr dem Reichsgericht in Leipzig bedingungslos stellen und zu diesem Zwecke Ende April in Deutschland eintreffen werde.

Der Eindruck der Antwort auf die deutsche Reparationsnote.

Genua, 17. April. Ueber den Eindruck, den die Beantwortung der deutschen Reparationsnote auf die in Genua anwesenden Mitglieder gemacht hat, ver-lautet: So schroff die Antwort ausgefallen ist, ver-spüre man doch den Geist von Genua. Denn hinter jedem scharfen Ausfall stehe doch eine schwache Formel, die die Brücke zu Verhandlungen bilden könne. Es sei wohl möglich, bis zum Ende des Jahres ohne größere Verschärfungen mit Frankreich durchzukommen. Die deutsche Regierung nimmt an, daß die Verhand-lungen in Genua stattfinden können, wo besonders in technischer wie in psychologischer Beziehung der beste Boden sei.

Vor einer Regierungskrise in Ungarn.

Wien, 15. April. Der „Abend“ meldet, daß der ungarische Ministerpräsident Bethlen telegraphisch von Genua nach Budapest gerufen worden sei, da wegen dem Elisabethenmörder Bombenattentat eine Regie-rungskrise bevorstehe.

Die Berliner Presse über die Antwort der Reparationskommission.

Berlin, 17. April. Die Berliner Morgenblätter vom Samstag, die infolge des Karfreitags nur in beschränk-tem Umfange erschienen sind, nehmen zu der Antwort der Reparationskommission nur zum Teil Stellung. Der „Volksanzeiger“ charakterisiert den Inhalt der Note mit folgenden Worten: Du mußt nun endlich ernst-hafte Schritte tun, um den Mond auf die Erde her-unterzuholen, andernfalls halte ich mich nicht mehr mit Dir und dann kommen die Sanktionen. Das Blatt sieht in dem Schreiben den erneuten Beweis dafür, daß das Kabinett Wirth mit seiner Erfüllungspolitik in einen Konflikt mit dem Feindbund geraten ist, der von Stunde zu Stunde bedrohlicher und akuter wird. — Die „Vossische Zeitung“ gibt zwar auch ihrer Entrü-stung über den Schulmeisterstern, der aus der Note spricht, Ausdruck und meint, die Reparationskommis-sion mache es sich außerordentlich leicht, wenn sie die deutschen Einwände lediglich auf Starrsinn zu-rückführt. Im übrigen betont sie aber die Notwendig-keit, den Haden, den auch die neue Note nicht abreißt, mit äußerster Geduld weiterzuspinnen und zu ver-suchen, dem Wunsche der Reparationskommission nach praktischen Anregungen zur Lösung der Schwierig-keiten, in denen sich die deutsche Regierung befindet, nachzukommen. — Das „Berliner Tageblatt“ bestimmt die Note dahin, daß sie wohl Verhandlungsmöglich-keiten zuläßt. Die Antwort sei in verhältnißmäßigem Maße gehalten als die erste Note der Reparationskom-mission. Für die weitere Behandlung der von der Re-parationskommission berührten Gegenstände seien die Verhandlungen in Genua über die Wirtschaftsfragen von größter Bedeutung.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 18. April 1922

* Das Osterfest, das Fest der Freude, liegt nun wie-der hinter uns. Leider hat das Wetter nicht gehalten was es die Tage zuvor versprochen hat. Am Ostermontag war es wieder rauh u. kühl und mittags ging es zum Regnen über. Der Verkehr von Touristen, insbesondere aber von Autos, war trotzdem ein sehr lebhafter. Am Ostermontag regnete es dagegen in Strömen, so daß manch geplanter Ausflug unterlassen werden mußte. Umso mehr konnten diese Tage zur Ruhe und Erholung, die der Mensch bei der gegen-wärtig harten Zeit so notwendig hat, benutzt werden.

Die kaiserlichen Hoheitszeichen. Die Reichsregierung hat Anordnung getroffen, daß die Hoheitszeichen der früheren Regierung, soweit dies noch nicht geschehen, spätestens bis 1. Oktober 1922 aus den Amtsräumen und von den Gebäuden der Reichsbehörden entfernt werden. Ferner sind Anordnungen hinsichtlich der Bilder in Amtsräumen getroffen worden.

Die Länder zum Reichsmietengesetz. Die von amtlicher Seite mitgeteilt wird, hat eine anfangs der vorigen Woche in Jena stattgefundene Besprechung von Vertretern sämtlicher deutscher Länder völlige Übereinstimmung über einen Entwurf ergeben, der in den wesentlichen Punkten zu einem einheitlichen Vollzug des Reichsmietengesetzes im ganzen Reichsgebiet führen wird.

Neue Marken für Oberschlesien. Die interalliierte Kommission für Oberschlesien hat 80 Pfennigmarken mit olivgrüner Grundfarbe und mit dem schwarzen Aufdruck „4 Mark“, 75 Pfennigmarken mit roter Grundfarbe und mit dem schwarzen Aufdruck „10 Mark“ und 80 Pfennigmarken mit gelber Grundfarbe und mit dem schwarzen Aufdruck „20 Mark“ ausgegeben.

Stipendien für kriegsbeschädigte Akademiker. Die Nothilfe für kriegsbeschädigte Akademiker, akademische Kriegesgefangene und Kriegsteilnehmer, München, Frauenstr. 9, beabsichtigt im Mai 1922 an die zurzeit auf den deutschen Hochschulen studierenden, zumeist in den letzten Semestern lebenden bedürftigen akademischen Kriegsteilnehmer Stipendien und Unterstützungen auszugeben. Gesuche bedürftiger Kriegsteilnehmer sind unter Nachweis der Kriegsteilnehmerschaft und der Bedürftigkeit an die örtlichen Nothilfeausschüsse zu richten, die sich an den deutschen Hochschulen gebildet haben und über die der Kriegsteilnehmerverband oder das Kriegsteilnehmeramt der Orte der betreffenden Hochschulen Auskunft erteilt. In Sonderfällen, besonders bei solchen bedürftigen Akademikern, die schon ihr Examen gemacht, aber noch keine feste Lebensstellung erreicht haben, können sich die Kommissionen auch direkt an den Reichsfinanzauschuß der akademischen Nothilfe, München, Frauenstr. 9, wenden. Im vergangenen Winter hat die Nothilfe insgesamt 870 000 Mark an Unterstützungen und Darlehen ausgegeben und hierbei auch die reichsdeutschen Kommissionen der Universitäten Wien, Graz und Tanszig berücksichtigt.

Weitere Herabsetzung der Wehlpreise. Der Verband bayerischer Handelsmühlen in München hat auf Grund der zurückgegangenen Getreidepreise ab 15. April die Wehlpreismenge um weitere 50 Mark auf 2200 Mark pro Tz herabgesetzt. Die Preise verstehen sich für mit 70 Prozent ausgemahlenes Mehl bei sachweiser Bezug.

B. Bernsd, 17. April. Ein gewiß seltener Fall war heute hier zu verzeichnen: eine Kandidatenvorstellung zur Stadtschultheisenwahl ohne Kandidaten. Die heute Nachmittag zahlreich erschienenen Wähler mußten wieder abziehen, weil sich überhaupt kein Kandidat bilden ließ. Nach diesem Ergebnis darf man auf den Ausgang der nächsten Sonntag stattfindenden 4. Wahl gespannt sein, die hoffentlich dem 1 1/2-jährigen Streit nunmehr ein Ende bereiten wird.

Gründung, 15. April. (Maul- und Klauenseuche.) In 2 Schöffen hier wurde durch eingeführtes Vieh die Maul- und Klauenseuche eingeschleppt.

Freudenstadt, 15. April. (Mittelstandshilfe.) Gerade noch auf Ostern konnte vom Bezirkswohlfahrts-Ausschuß der Mittelstandshilfensfonds im Betrage von 31 431 Mk. 30 Pf. im Bezirk und 4803 Mk. (von Spendern der Stadt Freudenstadt) an nothleidende Bewohner von Freudenstadt verteilt werden. Es wurde mit dieser Spende manch Nothleidendem und Bedrücktem eine Osterfreude bereitet.

Leserbriefe

Beispiele tun oft mehr als viele Wort und Lehr. Sprichwort.

Die Wirtin z. goldenen Lamm.

Kriminalroman von Otto Höcker.

7) (Nachdruck verboten.)

„Verlassen Sie sich nur auf mich, Madam,“ meinte das alte Faktotum treuherzig, „ich passe schon auf, daß nichts Unrechtes geschieht. Ich lege mich hinten vor ihre Schlafstube, wo der Wirt steht, da sollte mal einer kommen, dem wollte ich schon heimleuchten — und Mehlig wohnt ja auch hinten im Hofgebäude. Auf den alten Säffel ist freilich kein Verlaß, aber ich passe schon auf, fahren Sie nur ruhig und bringen Sie den Herrn gesund mit.“

Der Zuspruch des Amtsrates, die Sammwirtin von den Strapazen der mitternächtlichen Fahrt zurückzuhalten, erwies sich als vergeblich. „Gut,“ entschied er, „wenn ich auch nicht glaube, daß wir vor Tagesanbruch etwas ausrichten können, so sind wir es Freund Bindewald doch schuldig, das Menschenmöglichste zu seiner Auffindung zu tun. Fahren Sie voran, Frau Bindewald — Sie haben sich doch mit Fackeln und Laternen versehen? Gut. Ich habe zu Hause ein paar hellbrennende Nachfahrlaterne, die werde ich holen. Sie lassen inzwischen einen zweiten Schlitten aufspannen, den werde ich benutzen und für alle Fälle schließt sich der Herr Kreisarzt mir an.“

Dieser schien über die Zumutung nicht übermäßig erfreut, willigte aber nach kurzem Zögern ein. „An den Statuen will ich denken,“ murmelte er verdrießlich. „Ich fahre mit, aber ich bereichere meine Taschen-

Stuttgart, 17. April. (Vollstrauertag.) Die Vorbereitungen für den ersten allgemeinen Vollstrauertag sowie die Frage der Fahrpreisermäßigung für Angehörige von Gefallenen beim Besuch von Kriegergräbern sind Gegenstand der Beratungen des Bundestages des Volksbundes deutscher Kriegergräberfürsorge, die am 20. und 30. ds. Mts. in Leipzig stattfinden.

Cannstatt, 17. April. (Eindruck.) Im nahen Delfingen wurde in der Nacht zum Karfreitag ein Schweinefahl erbrochen und ein fast 1 1/2 Jre. schweres Schwein gehoben. Das Tier wurde an Ort und Stelle geschlachtet und zerlegt. Die Diebe haben eine Spur hinterlassen, die durch einen Stuttgarter Polizeihund verfolgt wird.

Heilbronn, 17. April. Der erste Rheindampfer ist am Karfreitag nachmittag hier eingetroffen. Es ist der der Schleppliffahrtfirma Gebr. Boge-Mannheim gehörige Rheinschraubendampfer „Wehr. Page Nr. 9“, der mit zwei Schlepplähnen von Eberbach hier eintraf. Der Dampfer hat Samstag früh die Rückreise nach Mannheim angetreten.

Hall, 17. April. (Hebung des Soldats.) Der Bezirksvereinsrat regt die Gründung eines Weibabes in Hall an. Die Stadt soll nicht mit Kapital beteiligt sein, hat dagegen das Grundstück zu erwerben und einer zu gründenden Aktiengesellschaft als Bauplatz anzumessen. Die Quelle soll auf 99 Jahre verpachtet werden. Mit dem Kurhaus sollen ausreichende Konzertsäle und Unterhaltungsräume, ein Wintergarten und Terrasse und ein Theater errichtet werden.

Buchau, 17. April. Für den Bau eines Kriegerdenkmals bewilligte der Gemeinderat 20 000 Mark. Der Fürst von Thurn und Taxis hat sich zur unentgeltlichen Überlassung des Platzes vor dem Schloß bereit erklärt.

Vom Hohentwiel, 17. April. (Höhenfeuer.) Aus Anlaß des Todestages Viktor von Scheffels leuchteten am Samstag zwei große Höhenfeuer auf dem Hohentwiel weit hin sichtbar ins Horgau hinaus.

Vom Metallarbeiterstreik.

Heidelberg, 17. April. Vom Verband württ. Metallindustrieller wird mitgeteilt: Unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Brauns fanden in Heidelberg Verhandlungen zwecks Beilegung des Wertschöpfungskampfes in der süddeutschen Metallindustrie statt. Dieselben führten zu keiner Einigung, da die Gewerkschaftsvertreter es ablehnten, die 48stündige Arbeitszeit anzunehmen. Ein am Abend des ersten Tages vom Reichsarbeitsminister gemachter Vergleichsvorschlag, der eine 47stündige regelmäßige Arbeitszeit vorah neben der Leistung einer weiteren wöchentlichen Leberstunde, sofern die Notwendigkeit der Leberarbeit vorliege und der Arbeiterrat zustimme, wurde schließlich von beiden Seiten abgelehnt. Eine am Vormittag des zweiten Verhandlungstages stattgefundene direkte Aussprache zwischen den Partnern (ohne den Reichsarbeitsminister) in einer kleinen Kommission ergab, daß jeder Vorschlag der Arbeitgeber, ein Kompromiß zu suchen, das einerseits den Arbeitgebern die 48stündige Wochenarbeitszeit, andererseits den Arbeitern weitgehende Lohn- und Urlaubsabzugsgeständnisse bringe, an der grundsätzlichen Weigerung der Gewerkschaften scheiterte, über Lohn und Urlaub zu verhandeln, ehe die Arbeitgeber ihren Standpunkt in der Arbeitszeitfrage aufgegeben hätten. Bei dieser Sachlage war nach Ansicht der Arbeitgeber auch kein Boden mehr für weitere Vermittlungsversuche vorhanden, und sie gaben deshalb folgende letzte Erklärung ab: Die süddeutsche Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller schlägt vor, die 47stündige Arbeitszeit sofort und die 48stündige ab 1. Juli 1922 einzuführen.

apothekere durch Mitnahme einiger Flaschen dreigestemten Kognaks... draußen ist ja eine Hundstafel!

Damit holte er auch schon ohne viel Federlesens aus dem Wandschrank in der Einsenke einige Flaschen mit vertrauenswürdigem Etikett und verließ sie den weiten Tischen seines Wintermantels ein.

Eine Viertelstunde später waren die beiden Männer im Schlitten unterwegs. Der Amtsrat kutscherte selbst, während sein getreuer Hühnerhund mit kläglich hängender Nute hinter dem Schlitten einhertrotzte, augenscheinlich über die ungewohnte nächtliche Wanderung, durch den süstlichen Schnee noch weniger entzückt als der Begleiter seines Herrn.

„Sagen Sie einmal, Verehrter, was soll diese ganze Geschichte eigentlich bedeuten?“ fragte der Kreisarzt unterwegs, kaum daß sie die Stadt im Rücken hatten und nun die steilanstrebende Bergstraße verfolgten, die zudem Höhenorte in vielfachen Windungen führte.

Nachdenklich paffte der Amtsrat aus der mitgenommenen kurzen Jagdpfeife, bevor er das Schweigen brach. „Bei den streng abgezielten Lebensgewohnheiten unseres gemeinschaftlichen Bekannten erscheint mir jegliche Hoffnung auf eine natürliche, harmlose Erklärung des Vorfalles ausgeschlossen. Entschieden hat sich etwas ereignet, was den Mann an der Rückkehr verhindert hat, ob ein Unglücksfall oder eine Unthat, das kann ich nicht sagen, aber diese Befürchtungen seiner Frau wollen mir immer mehr einleuchten.“

„So bringen Sie das Entweichen jenes Sanders aus dem Irrenhause mit dem Vorfall von heute abend in Verbindung?“

„Allerdings, wenn Sie eine runde Antwort haben wollen. Diese instinktive Anlage der Frau gibt mir zu denken. Bindewald hat den Entsprungenen wirklich zu fürchten; ganz abgesehen von der Tatsache, daß Sanders der erste Gatte der heutigen Gastwirtin, „zum goldenen Lamm“ ist, so —“

Aus dem Gerichtssaal.

Heilbronn, 17. April. Wegen der Verschlebung von 100 Zentnern Käse und Butter von Heilbronn nach Frankfurt im Verlauf von 12 Wochen hatten sich acht Angeklagte vor dem hiesigen Bürgergericht zu verantworten. Die Hauptangeklagten, Martini und Horst, führen wöchentlich zweimal von Frankfurt nach Heilbronn und kaufen in den Geschäften Butter und Käse in großen Massen auf zu einer Zeit, zu der den einheimischen Verbrauchern in denselben Geschäften Butter nur vereinzelt und einhalbpreismäßig abgegeben wurde. Martini und Horst wurden zu je 7 Monaten Gefängnis und zu je 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Mitangeklagten wurden teils freigesprochen, teils zu Geldstrafen von 50 bis 1000 Mark verurteilt.

Religionsunterrichtsfragen im Schulausschuß.

Der Schulausschuß beschäftigte sich am Mittwoch in eingehender Aussprache mit den Eingaben des Evang. Volksbundes und der Kath. Elternvereinigungen betr. den Religionsunterricht und den Anträgen der Berichterstatter Dr. Beschlager und Böckner. Kultminister Dr. Heber betonte, daß er angezogen der ersten politischen Lage alles vermeiden möchte, was einen Schul- oder gar einen Religionskampf entfesseln oder vorhandene Gegensätze verschärfen könnte. Die Ministerialverordnung vom 5. 3. 21, der vorjährige Grundschulbeschluss für das erste Schuljahr wie der im Druck befindliche für das 2.—4. Schuljahr stellen eine durchaus lokale Ausführung des Art. 149 der Reichsverfassung und der Art. 1 und 13 des Kleinen Schulgesetzes dar. Die Bestimmungen sind zustande gekommen als Ergebnis langwieriger und ausführlicher Verhandlungen unter den drei beteiligten Kirchen- und Oberkirchenbehörden, wozu dann noch der Herrbeirat und die Vereinigung der Bezirkschulräte beider Konfessionen herbeigeführt worden sind. Vieles von den Bestimmungen beruht unmittelbar auf Vorschlägen der Oberkirchenbehörden. Keine einzige Bestimmung ist ohne abschließendes Einverständnis aufgenommen worden. Es sind die neuen Bestimmungen bezüglich der Zahl der Religionsstunden von den Oberkirchenbehörden selbst vorgelegt worden, so daß das Ministerium nur die formelle nicht die materielle Verantwortung trägt. Soweit die Eingaben des Evang. Volksbundes und der Kath. Elternvereinigungen dem Ministerium Nichtachtung der religiösen Bedürfnisse und der kirchlichen Interessen oder gar illoyale Ausführung der Gesetze unterstellen, sind sie entschieden zurückzuweisen. Zum Teil beruhen diese Einwürfe auf unzureichender Kenntnis der erlassenen Bestimmungen. Ihrer Begründung und der heutigen Sachlage, zum Teil gehen sie an die falsche Adresse, denn die Religionsstunden sind durchaus eine Arbeit der Oberkirchenbehörden. Wenn in den Eingaben der Vorwurf einer Ausschöpfung der Bekanntheit durch das Ministerium anliegt, so fehlt dafür auch der leichteste Schatten eines Beweises. Zu der Ausführung von Art. 149 Abs. 2 der Reichsverfassung hat sich das Ministerium bei der Reichsregierung und im Reichsrat für die lokale Berücksichtigung des Willens der Erziehungsbehörden und der geschichtlich gewordenen Verhältnisse eingesetzt. Forderungen von Elternkreisen und Stadtverwaltungen (Wm. Heilbronn, Ruttlingen) um Einrichtung simultaner Grundschulklassen wurde unter Berufung auf den geschichtlich festgelegten Charakter der württ. Volksschule als Bekenntnisschule sofort entgegengesetzt. Den Protokollen, zusammen 14 an der Zahl, ist zum Abbau ihrer vier untersten Klassen nach dem Reichsgrundschulgesetz die Volksschule (1929/36) eingeräumt und dem Religionsunterricht die zukommende Stellung in der Schule angedeutet.

„Nanu, jetzt wird's schon interessanter,“ unterbrach ihn Dr. Hindler. „Da möchte ich doch ein näheres Information bitten. Daß die Frau eine Vergangenheit haben muß, vermute ich seit langem; ihr starrs, gedrücktes Verhalten fiel mir schon wiederholt auf, ich wollte darüber längst einmal mit Ihnen sprechen.“ Er berichtete, wie ausführlich die Sammwirtin einige Stunden zuvor bei seiner gutgemeinten Anspielung benommen. „Sie muß unter einem jenseitigen Druck leiden, den das Ausbleiben etwa erhoffter ehelicher Nachkommenchaft allein nicht erklären kann.“

„Frau Bindewald hat eine Tochter,“ schaltete der Amtsrat ein. „Aber gerade deren Existenz hat sie ja der schwermütigen Frau gemacht, als welche wir sie alle kennen — eine Tochter aus erster Ehe.“

„Also ein Kind dieses Sanders?“

„Ganz recht, eine von der eigenen Mutter verleugnete Tochter, die wiederum Haß auf die Heberin ihrer Tage geworfen hat, ein ebenso abschreckendes wie unnatürliches Verhältnis.“

„Das erste Wort, das ich höre! Wer hätte in dem Leben dieser Worttragen, in sich gelehrten Frau ein derartiges Lebensdrama vermutet!“

„Sie sind noch zu kurze Zeit hier, um darüber etwas gehört haben zu können, denn die wenigen noch vorhandenen Ueberlebenden aus jener Zeit bewahren schon mit Rücksicht auf die unverdient leidende Frau diskretes Schweigen. Als ich dagegen nach Reutlingen kam — und das sind nun reichlich zwanzig Jahre her und ich war damals ein frischgebackener junger Amtsrichter — da waren die Vorgänge noch in frischer Erinnerung, lagen taum um Jahresfrist zurück. Die alles ausgleichende Zeit hat, wie gesagt, auch hier ihre Schuldigkeit getan — damals hätten Sie übrigens Frau Bindewald kennen müssen, sie war von geradezu verblüffender Schönheit. Das nach innen gelehrte, verschlossene Wesen war ihr freilich schon damals eigen.“

Fortsetzung folgt.



worben. Das allerdings gewisse Forderungen auf Grund der veränderten Rechtslage nötig waren, auch solche von einschneidender Bedeutung, ist richtig, daß sie da und dort Mißtrauen und Widerstand hervorgerufen ist, wie bei allem Neuen, begreiflich. Aber keine einzige dieser Forderungen bedroht die feste, auch durch die Reichsverfassung verbürgte Stellung des Religionsunterrichts im Lehr- und Stundenplan oder den bewährten christlichen Charakter unserer Volksschule. Kultminister Sieber regte zum Schluß an, daß der Schulausschuß in einer Entschließung sich mit den Erklärungen der Regierung einverstanden erklärt und die vorliegenden Eingaben zur Kenntnisnahme überweist. Im einzelnen machte er zum Antrag Dr. Weiswängers verschiedene Vorschläge, wobei er die Punkte 1, 4, 5 und 6 als der „Erwägung“ wert hielt.

Ministerialrat Bracher besprach noch den Abbau der Privatschulen, die Stundenzahl für den Religionsunterricht, wobei er darauf hinwies, daß der endgültige Lehrplan für alle 8 Schuljahre im Frühjahr 1925 in Wirkung treten müsse. Dann sei es auch wieder Zeit, daß dem Religionsunterricht eine seiner Bedeutung entsprechende Stundenzahl zugewiesen werde. Drei Stunden werden wohl auch für die vier oberen Schuljahre das richtige Maß sein. Den besonders schwierigen Verhältnissen in den einlässigen Schulen müsse namentlich auf katholischer Seite in besonderer Weise Rechnung getragen werden. Der Schulgottesdienst sei auf katholischer Seite lehrplanmäßig, müsse also in den eigentlichen Stundenplan der Schule aufgenommen werden. Auf evangelischer Seite werde Sorge zu tragen sein, daß für den kirchlichen Schulgottesdienst eine nicht zu ungünstige Zeit offen gelassen werde. Im Dischulrat habe der Geistliche als griechisches Mitglied durchaus Gelegenheit, auf eine entsprechende Anordnung des Schulgottesdienstes hinzuwirken. Bei der gegenständlichen Bestimmung seien Ausnahmen und wesentliche Minderungen schon in der Ministerialverordnung vorgesehen. Die Unterrichtsverwaltung wünsche eine friedliche Verständigung zwischen Pfarrern und Lehrern.

Ein Antrag Heymann-Vöhrner, die Eingaben, soweit sie den Religionsunterricht betreffen, als durch die Erklärung der Regierung für erledigt zu erklären, im übrigen die der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen, wurde mit den Stimmen des Zentrums und der Rechten abgelehnt. Sozialdemokraten und Demokraten stimmten mit Ja. Der Antrag des Berichterstatters Dr. Weiswängers wurde in Einzelheiten abgeändert und fand gegen die Stimmen der Unabh., die mit Nein stimmten, der Demokraten und Sozialdemokraten, die Stimmenthaltung übten, Annahme. Ein Antrag Hab (DdV.) zu den Endzustandbestimmungen wurde mit 10 Nein (Ztr. und Rechte), 6 Enthaltungen (Soz. und Dem.) gegen 1 Ja (Dem.) abgelehnt.

Damit hatte der Schulausschuß seine Arbeiten erledigt.

Höchstmietaufschläge und Reichsmietengesetz

In den verschiedenen von amtlichen oder privaten Stellen zur Einschätzung des jeweiligen Preisstandes der Lebenshaltung errechneten Indizes tritt bis in die letzte Zeit der Kostenaufwand für Wohnung, also die Miete, erst an letzter Stelle auf. Angesichts der auf allen anderen Wirtschaftsbereichen dauernd sich bemerkbar machenden, teilweise unmatürlich sprunghaften Preissteigerung war trotz eines bisherigen zwischen 50 bis höchstens 100 Proz. variierten Preis- und Aufschlag der Mietpreis in Wirklichkeit durchschnitlich immer noch auf dem Stand der einstigen Goldmarkführung stehen geblieben. Wir mühten vor dem Kriege annähernd den vierten bis fünften Teil unseres Einkommens für Wohnzwecke anzulegen, was zweifellos eine ganz erhebliche privatswirtschaftliche Belastung und dementsprechend — allgemein wirtschaftlich betrachtet — einen ungesunden Wohnungszustand ergab. Die Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse — auf der einen Seite Rohstoff- und Arbeitsmangel, auf der anderen Seite Feuerung, ständiger Zugang von Heimkehrern, Vertriebenen und Landflüchtigen in die Städte — brachten die heutige sich immer mehr verschärfende Wohnungsnot mit sich. Dieser will das nun kürzlich vom Reichstag endgültig angenommene Reichsmietengesetz mit seinen eingehenden Bestimmungen über Vermietung von Wohnungen, Geschäftshäusern, Büro- und Lagerräumen usw. sowie über die Höhe der bei Mietverhältnissen zu entrichtenden Miete wirksam begegnen. Die Gegensätze zwischen den Kontrahenten, Vermieter und Mieter, sind angesichts der allgemeinen Verworrenheit der wirtschaftlichen Lage selbst durch ein noch so paragrafenreiches Gesetz mit einem Schlage zu beseitigen, noch dazu in heutiger Zeit, wo leider politische Rücksichten in diese wirtschaftlichen Fragen nicht unerheblich hineinspielen. Besonders wichtig sind für den Einzelnen diejenigen gesetzlichen Maßnahmen, die über die Höhe des Mietzinses entscheiden, da es hier unmittelbar an den Geldbeutel geht. Und gerade auf diesem gewiß peinlichen Gebiet scheiden sich die Geister bereits, ehe das mühevoll dreimal durchgearbeitete Gesetz nun erst seine praktische Verwendbarkeit beweisen soll.

Die durch entsprechende die heutige Geldwertverwertung berücksichtigende Aufschläge der Wirtschaftslage angegebene sogenannte Grundmiete (Friedensmiete vom 1. Juli 1914) soll nach dem Gesetz auch weiterhin sich automatisch regeln und den Gedanken der „gleitenden Miete“ verwirklichen. Den notwendigen Betriebs- und Instandhaltungskosten, der eingetretenen Erhöhung der Hypothekenzinsen usw. sollen durch die Aufschläge in Hundertsätzen der Grundmiete gebührend Rechnung getragen werden. Die Festsetzung derselben wird den einzelnen Gemeinden überlassen. Erwähnt mag noch werden, daß das Gesetz zunächst einmal eine Preisbegrenzung bis zum 1. Juli 1926 erhalten hat. Hierdurch soll bei dem Angriff auf den sich schon so hart belasteten Etat gerade der wirtschaftlich so schwachen Klasse des Mittelstandes anscheinend die Hoffnung auf eine spätere ebenso „automatisch“ sich vollziehende

Minderung dieser Aufschläge erweckt werden, eine Hoffnung, die wir nach allen bisherigen Erfahrungen mit gutem Gewissen nicht zu nähren vermögen. Wie sich das Gesetz in aller nächster Zeit auswirken wird, können wir uns schwer an dem Beispiel der Reichshauptstadt Berlin erkennen. Danach wird bereits mit Wirkung vom 1. April als Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen im Sinne des Par. 2 der Höchstmietauordnung vom 9. Dezember 1919 ein Aufschlag von 120 Prozent zur Friedensmiete festgesetzt. Für Räume, die zu gewerblichen Zwecken (Par. 1 der Reichsgewerbeordnung) hergerichtet sind, beträgt der Aufschlag: a) bei einer Friedensmiete bis zu 2000 RM. 120 Proz., b) bei einer Friedensmiete über 2000 bis 5000 RM. 150 Proz., c) bei einer Friedensmiete über 5000 RM. 180 Prozent.

Handel und Verkehr.

Die Preisbremse. Die Vereinigung der Fabrikanten elektrischer Heiz- und Kochapparate e. V. (Charlottenburg) hat die Preise um 50 Prozent erhöht, und zwar ab 12. April. — Der Verband deutscher Patentanwalte hat die Preise für Akten um 20–25 Prozent je nach Sorte hinaufgesetzt.

Erhöhung der Schweinfurter Salzpreise. Seit voriger Woche wurden von den Vereinigten Salinen die Preise für Siedesalz um 60 Mark für 100 Kilo erhöht. Selbstverständlich steigt auch der Kleinverkaufspreis entsprechend.

Diskontherabsetzung der Bank von England. Die Bank von England hat den Diskont von 4½ auf 4 Prozent herabgesetzt.

Vermischtes.

Erinnerung an die „Titanic“-Katastrophe. Am Samstag, 15. April, sind 10 Jahre verlossen, seit das damals größte Schiff der Welt, der englische Riesendampfer „Titanic“ nach dem Zusammenstoß mit einem Eisberg mit über 1500 Menschen in die Tiefe sank.

Eine Diesellokomotive. Am 8. April wurde in Berlin die 11000. Lokomotive der Firma Borsig dem Reichsverkehrsminister Gröner übergeben. Es handelt sich um eine besonders große und schnell fahrende Maschine, die bis zu 120 Kilometer Stundengeschwindigkeit entwickeln kann. Sie wird der Deutschen Gewerkschaft in München zugeführt.

Schweres Eisenbahnunglück. Auf dem Bahnhof in Nordlingen entgleiten an der Kurve die beiden Lokomotiven eines einachsigen Güterzugs. Die Vorspannmaschine riß ab und kam mit umgestürztem Tender quer über die Gleise zu stehen, während die zweite Lokomotive auf das Nebengleis geschoben wurde, wo sie in zwei dortstehende Maschinen hineinsprang und furchtbare Verwüstungen anrichtete. Zum Glück konnte sich die Bedienungsmannschaft der beiden Lokomotiven durch Abspringen noch retten; sie wären unfehlbar zerdrückt worden. Die Last des auf diese Weise zum Stehen gebrachten Zuges drückte auf die an den Lokomotiven hängenden Waggons, schob sie in die Höhe und warf sie kreuz und quer über die Gleise. — Die Bahnverwaltung gibt folgenden amtlichen Bericht aus: Bei Einfahrt des Güterzugs 8229 entgleisten die beiden Jugsmaschinen und 12 Güterwaggons. Der Schaden ist groß, verletzt wurde niemand.

Die Opfer von Gleiwitz. Die „Berliner Zeitung“ schreibt: Der französische Kriegsrat hat die Namen der Opfer der Katastrophe von Gleiwitz bekanntgegeben. Darnach sind 7 Soldaten getötet worden, 3 werden vermisst und 10 sind verletzt.

Flüge im Alpengebiet. Aus Oberstdorf im bayerischen Allgäu wird berichtet: Die Erneuerung eines Flugplatzes in unserer Gemeinde steht im Zusammenhang mit der Absicht der Rumpelwerke, Flüge über das ganze Alpengebiet auszuführen, die von hier aus gehen werden. Zugleich sollen regelmäßige Flüge zwischen Augsburg, München und Oberstdorf ausgeführt werden.

Eisenbahnverbindung mit Moskau. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist die direkte Eisenbahnverbindung mit Sowjetrußland über Königsberg—Dänaburg wieder hergestellt worden. Auch der direkte Personenverkehr auf dieser Linie ist wieder aufgenommen.

Letzte Nachrichten.

Der Vertrag zwischen Deutschland und Rußland abgeschlossen.

WTB. Genoa, 17. April. Die seit mehreren Monaten schwebenden Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland, die am Donnerstag zum Abschluß geführt. Der Charakter des unterzeichneten deutsch-russischen Vertrags läßt sich kurz dahin kennzeichnen, daß die beiden Regierungen damit unter die Vergangenheit einen Strich machen und daß sie zugleich ein Fundament für den künftigen gemeinsamen Wiederaufbau legen. Der Vertrag beruht auf voller Gegenseitigkeit. Die ordentlichen diplomatischen Beziehungen werden wieder aufgenommen. Alle Ansprüche aus der Zeit des Kriegszustandes zwischen Deutschland und dem früheren Rußland gelten als erledigt. Das gleiche gilt für die Erklärungen wegen der bisherigen Sozialisierungsmaßnahmen der Sowjetregierung, vorausgesetzt, daß Rußland auch dritten Staaten einen Schadenersatz für die Sozialisierung oder eine Rückgängigmachung derselben nicht zugestimmt. Andererseits soll für die Zukunft der Grundsatz der Weisbegünstigung und des gegenseitigen wirtschaftlichen Entgegenkommens maßgebend sein. An die Stelle der hinsichtlich gewordenen Bestimmungen der Verträge von Brest-Litowsk und der Ergänzungsverträge tritt daher ein neues Regime, das weder Sieger noch Besiegte kennt, das beiden Völkern volle Gleichberechtigung gewährt und das eine sichere Grundlage für ein friedliches Zusammenarbeiten schafft. Die Tatsache, daß zwischen Deutschland und Rußland noch die Fol-

gen eines langen Kriegszustandes zu liquidieren wären, daß beide Länder wirtschaftlich eng auf einander angewiesen sind und daß sie in vielfacher Hinsicht unter ähnlichen Schwierigkeiten zu leiden haben, wird diese Verständigung zwischen ihnen im gegenwärtigen Augenblick ohne weiteres als natürlich erscheinen lassen. In das Verhältnis der beiden Staaten zu dritten Staaten greift dieser Vertrag in keiner Weise ein. Die Vorteile, die von der friedlichen deutsch-russischen Auseinandersetzung erhofft werden dürfen, werden ganz Europa zu Gute kommen. Wenn die Herbeiführung des deutsch-russischen Ausgleichs gerade während der Konferenz von Genoa zur Tatsache geworden ist, so bedeutet das also nicht einen Verzicht auf die von der Konferenz verfolgten allgemeinen europäischen Ziele, die beiden vertragsschließenden Regierungen sind vielmehr überzeugt, daß sie zu ihrem Teil durch die getroffene Verständigung zur Erreichung des Hauptzieles der Konferenz, nämlich der endgültigen Herstellung des europäischen Friedens, nicht unwesentlich beigetragen haben.

Stellungnahme der alliierten Delegierten zum deutsch-russischen Abkommen.

WTB. Berlin, 18. April. Wie die Blätter aus Genoa melden, sind die alliierten Delegierten am Montag Nachmittag zu einer Sitzung zusammengesessen, um zu der Tatsache des deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens Stellung zu nehmen.

Nakowski erklärte Pressevertretern, daß der deutsch-russische Vertrag schon auf der Durchreise in Berlin so gut wie fertig gestellt worden war. Es sei weder eine Rechnung noch eine Gegenrechnung aufgemacht worden. Irrendweise Zahlen seien daher nicht genannt. Es sei somit auch mit der schärfsten Lupe nichts zwischen den Zeilen des Vertrags zu lesen.

Der „Vorwärts“ schreibt zu der Frage, ob mit Rücksicht auf die Wirkung auf das Ausland der Vertrag gerade im jetzigen Stadium notwendig gewesen sei, man müsse zu unseren Regierungsvertretern in Genoa das Vertrauen haben, daß sie richtig und im Interesse Deutschlands gehandelt hätten, selbst auf die Gefahr hin, daß man in Frankreich diese Gelegenheit zu einer neuen Propagandakampagne benutzen sollte. Das Blatt betont, daß der Abschluß des Vertrags die allgemeinen Interessen der Konferenz nicht schädige und daß Deutschland nicht irgendwelche Sonderrechte für sich beanspruche. Wir würden wünschen, so schließt das Blatt, daß diesem Dokument bald auch ein Vertrag zwischen Rußland und der Entente folgen würde.

WTB. London, 17. April. „Reuter“ meldet aus Genoa, die Nachricht, daß Deutschland und Rußland in Genoa ein Abkommen geschlossen haben, sei wie eine Bombe gekommen.

Von Genoa.

WTB. Genoa, 18. April. Gestern trat unter dem Vorsitz von Sir Robert Horne die Untersuchungskommission für Wechselkursfragen zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Zur Beratung stand der Abschnitt des Londoner Memorandums über Wechselkurs. In diesem Abschnitt werden als eine der Haupthindernisse auf dem Wege zur Wiederherstellung des Handels der Zusammenbruch und die Unbeständigkeit vieler europäischer Wechselkurse bezeichnet. Es wird als wünschenswert hingestellt, sobald als möglich die künstliche Kontrolle der Devisentransaktionen zu beseitigen. Bei Beginn der Sitzung lag eine neue Fassung des Artikels 39 des Londoner Memorandums vor, die von Sir Robert Horne begründet wurde. In der neuen Fassung wird neben der Beseitigung der künstlichen Schwankungen des Devisenverkehrs zur Verminderung des Risikos des Außenhandels im wesentlichen die Entwicklung eines freien Marktes für Termindesvisen empfohlen. Hierbei wird den Zentralbanken eine weitgehende Mitwirkung zugesagt, die auf der in Aussicht genommenen Konferenz der Zentralbanken erörtert werden soll. Es wurde beschlossen, vor der weiteren Beschlußfassung die die Wechselkurse betreffenden Fragen der wissenschaftlichen Sachverständigenkommission zu überweisen.

WTB. Genoa, 18. April. (Spezialbericht des WTB.) Bei dem Gottesdienst am Ostermontag im Dom, dem der Reichskanzler und Staatssekretär Hammer beiwohnten, nahm der Kardinalbischof Signore in seiner Predigt Gelegenheit, der deutschen Gäste zu gedenken. Der Kardinalbischof sagte, daß aus Anlaß der Konferenz verschiedene hervorragende Persönlichkeiten aus der internationalen politischen Welt ihn mit ihrem Besuch beehrt hätten, unter ihnen in aller erster Linie Vertreter der großen und edlen deutschen Nation, die die Gemelnde mit großer Begeisterung auch jetzt wieder in ihrer Mitte sehe.

Frankreichs Größenwahn.

WTB. London, 17. April. Die „Times“ schreibt in einem Leitartikel, Frankreich sei heute die bei weitem stärkste Militärmacht Europas und würde seine alten Alliierten an den Versuchen, es zu isolieren, teilnehmen, so würde es wissen, wo es neue Freundschaften zu suchen habe.

Die Kopfkarte der amerik. Marine.

WTB. Washington, 17. April. Das Repräsentantenhaus hat den Vorschlag des Präsidenten Harding angenommen, die Kopfkarte der Marine auf 86 000 Mann festzusetzen.

Der franz. Präsident in Algier.

WTB. Paris, 17. April. Der Präsident der Republik, Millerand, ist gestern in Oran (Algier) angekommen. Dort sagte er in einer Rede, er habe durch diese Reise zum Ausdruck bringen wollen, daß von nun ab Nordafrika vom französischen Einfluß gesichert sei. In dem Augenblick, da die Völker ernste Probleme behandeln, sei es bedeutsam, daß die Macht des französischen Volkes ihm gestatte, Frankreich für 5 Wochen zu verlassen.

Druck und Verlag der W. Meier'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Saul.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Aufhebung der Reichsbrotmarken.

Das Direktorium der Reichsgetreidestelle hat am 3. April 1922 seine auf Grund des § 50 Abs. 2 der Bekanntmachung über Brotgetreide und Mehl aus der Ernte 1916 vom 20. Juni 1916 erlassenen Anordnungen vom 14. September 1916 R. R. 2029 über die Einführung von Reichsbrotmarken und die seitdem über die Brotversorgung im Reiseverkehr erlassenen Bestimmungen aufgehoben, da jetzt die Möglichkeit besteht, sich auf Reisen mit markenfreiem Brot zu einem Preis zu versorgen, der nicht wesentlich den Preis für rationiertes Brot übersteigt.

Die Ausgabe von Reichsbrotmarken durch die örtlichen Kartenabgabestellen ist daher mit sofortiger Wirkung eingestellt worden. Dagegen können die Reichsbrotmarken, die sich noch im Besitz der Versorgungsberechtigten befinden, bis einschließlich 30. April 1922 bei den Bäckern und Mehlhändlern gegen Mehl und Brot eingelöst werden. Nach diesem Zeitpunkt findet eine Einlösung von Reichsbrotmarken nicht mehr statt.

Nagold, den 15. April 1922. Oberamt: Müng.

Unter Bezugnahme auf obige Bekanntmachung werden die Bäcker und Mehlhändler ersucht, die bei ihnen eingegangenen Reichsbrotmarken bis spätestens 22. April an den Kommunalverband einzulösen. Nach diesem Zeitpunkt können keine Reichsbrotmarken mehr angenommen werden.

M ü n g.

Berneck.

Die Abhaltung des am 20. ds. Mts. fälligen **Vieh- und Schweinemarkts** ist vom Oberamt verboten worden.

Stadtschulth.-Amt: Stoll.

Öffentliche Versteigerung.

Am **Donnerstag den 20. April, von vormittags 10 Uhr** an bringe ich im Auftrag im Hause des Bäckermeysters **Gottl. Gutekunst in Altensteig** folgende Gegenstände gegen Barzahlung zur öffentl. Versteigerung:

- 1 Bettstelle mit Rost, 2 eiserne Bettstellen mit Matratzen, 1 Kinderbettstelle mit Matratze, verschiedenes Bettzeug, Kleiderkästen, 1 Tischchen, Stühle, 1 Chaiselongue, 1 Sitz- und 1 Liegebadewanne, 1 Nudelschneidmaschine, 1 Waschkessel, Waschüber, 1 Zimmerflinte, Blusen, Krümmerjacke, 1 Kinderpelzgarnitur u. versch. sonst. Haushaltsgegenstände.

Hartmann, Auktionator.

Stadtgemeinde Heiterbach

Teilgemeinde Altnuifra

Johanna Helberche Erbschaft.

Bergebung von Bauarbeiten.

Für die Erstellung eines Wirtschafts- und Wohngebäudes und eines Oekonomiegebäudes sollen die nachstehenden Arbeiten im Preislistenverfahren im Akkord vergeben werden:

1. Grab-, Beton-, Maurer- und Steinhauerarbeiten.
2. Zimmerarbeiten.
3. Schmiedarbeiten.
4. Flaschnerarbeiten.

Die Unterlagen liegen bis Freitag Abend 6 Uhr auf meinem Büro zur Einsichtnahme auf, woselbst auch die Offerte bis Samstag, den 22. 4. 22, abends 6 Uhr abgegeben werden wollen.

Zuschlagsfrist 6 Tage.

Nagold, den 18. April 1922.

S. A. Bauwerkmeister Raupp.

Altensteig.

Dung-Salz

(feines, mit Kupf. denaturiertes Steinsalz) hat sich — zusammen mit Asche oder Gipf. ausgebreitet — als vortreffliches Düngemittel für nassige und moorige Wiesen bewährt, auch gegen Unkraut und Ungeziefer im Garten und Acker vielfach mit Erfolg angewendet — empf. d. den Zentnerfack zu **RM. 32.—** (unter heutigem Einstand).

Fritz Bühler jr.

Rikese Kalmbach
Christian Stoll

Verlobte

Wörnersberg

Edelweiler

Ostern 1922

Hesfeldbroun-Zimmerdsfeld.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Donnerstag, den 20. April 1922
im **Gasth. z. Löwen in Zimmerdsfeld**

stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen

Gottlob Theurer

Anna Günthner

Sohn des
Gottlob Theurer, Weber
in Hesfeldbroun

Tochter des
Konrad Günthner, Fahr-
mann in Simmersfeld

Abschgang um 11 Uhr.

Nachhochzeit findet keine statt.

Forstamt Pfalzgrafenweiler.

Nadelstammholz-Verkauf.

Am **Samstag, den 22. April 1922, vormittags 10 Uhr** im **Gasthaus z. „Hirsch“** in Pfalzgrafenweiler für Selbstverbraucher und Handwerker der Gemeinden Pfalzgrafenweiler, Durrweiler, Dergogswiler, Grömbach, Wörnersberg und Erzgrube aus Staatswald:

II u. Ta, R u. A, Bgbl.
I. Kl. 68,87, II. Kl. 79,42, III. Kl. 106,01;
Eä I. Kl. 5,79, II. Kl. 0,75, III. Kl. 0,32.

Forstamt Pfalzgrafenweiler.

Papierholz-Verkauf.

Am **Samstag, den 22. April 1922, vormittags 11 Uhr** im **Gasthaus z. „Hirsch“** in Pfalzgrafenweiler aus dem ganzen Forstbezirk ger. Roller I. Kl. 5 Km., II. Kl. 24 Km.

Altensteig.

Frisch eingetroffen:

Apfel-Marmelade

1 Pfd. offen **RM. 10.—**

Bierfrucht-Marmelade

1 Pfd. offen **RM. 13.—**
in 10 Pfd. Eimern à **12,50**
in 25 „ „ à **12,25**

Apfel mit Himbeer

1 Pfd. offen **RM. 12.—**

ffte. Preiselbeeren

1 Pfd. offen **RM. 16.—**

bei **Chr. Burghard jr.**



Speise-Zwiebel

empfehlen
Jakob Hanselmann
Simmersfeld.

Altensteig.

Lächlicher, fleißiger

Pferdeknecht

kann sofort eintreten bei
Friedrich Schable

„Drog“

gef. gefch. Gew. Kohlen). Zur Verfall (mit. Kohl. Kalk, phosphor. Kalk u. Drogen). Vom Reichsmin. f. Gen. usw. gen.

Beste für kranke schwache Tiere, bei Schwäche.

Palet ca. 2 Pfd. **RM. 6.—**
Nichts anderes nehmen!

Weinverkauf für

Altensteig:

Chr. Burghard jr.

Pfalzgrafenweiler

Apotheker Rettich.

Simmersfeld:

Jakob Hanselmann.

Martinsmoos:

Ludwig Rieginger.

Schwarzwald-Drogerie Altensteig Tel. 41

Einen guten

MOST

bereten Sie sich bei Verwendung von nur guten, ausprobierten Mostsubstanzen. Zucker hierzu erhältlich.
Untersuchungen von Most und Wein.

OSTERTAG-Kassen-Schränke

kurzfristig lieferbar

Alleinvertretung für die Oberämter Nagold und Calw
Georg Köbele, Nagold, Tel. 126.

Häufbroun.

Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Liebe, die wir während der Krankheit und dem Hinscheiden unserer lieben Mutter, Groß- und Schwiegermutter

Barbara Waidelich We.
geb. Bauer

erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers und den erhebenden Gesang des Gesangsvereins, sowie für die zahlreiche Begleitung von nah und fern zur letzten Ruhestätte sagen auf diesem Wege herzlichsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Altensteig.

Von frischen Sendungen empfehle:

Mokkatin

10% Bohnenkaffee und 90% fste. Kaffeewürze
1/2 Pfd. Pat. **RM. 6.60**, 1 Pfd. Pat. **RM. 12.80**

Goppelts Kaffee-Mischung

25% Bohnenkaffee und 75% Kaffee-Extrakt
in 1 Pfund Pakets **RM. 22.—**

Malzkaffee in 1/2 und 1 Pfd. Pakets

Malzkaffee offen, Kornfrank,
Pfeiffern-Diller's Kaffee-Essenz

Frank n. Freiburger Eichorie

Chr. Burghard jr.

Auf 1. Mai wird nach
Fenerbach jüngerer

Mädchen

gesucht, bei guter Behandlung und Bezahlung.

Näheres zu erfragen bei
Milchbubmann Hauser, Bernau.

Ein Quartum

Wiesen-Hen

hat zu verkaufen, wer? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein kleines sehr gut erhaltenes

Zimmer-Büffet

hat preiswert zu verkaufen, wer? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Mädchen

weiches etwas kochen kann und wundzürlich schon debient hat. Anfangslohn 250 RM. monatl., später mehr.

Frau Kaufm. **S. Hofmann, Tuttlingen, Bahndorft. 8.**

Suche für Landwirtschaft einen 15—17jährigen

Burschen.

Eintritt sofort oder 1. Mai.

Karl Böhmle

Landwirt

Reinsheim O. A. Leonberg.

Druckarbeiten

für Behörden, Geschäfte u. Privats liefert schnell und preiswert die

W. Rieker'sche Buchdr.